

## Ortsgemeinde

Gemeindeversammlung

Gemeinderat

Ortsbürgermeister

Anlagen und Anleitung

### **Einwohnerantrag** - internationales Friedensgebiet, völkerrechtliche Gebietskennzeichnung, bundesstaatliche Fördergelder.

Die Landesgemeinde wird Bundesgemeinde

gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz Artikel 28, 70, 72, 79, 116 (2) Satz 2,  
AGBGB, EGBGB, BGB § 1, Raumordnungsgesetz § 2,  
Landesverfassung Rheinland-Pfalz § 1,  
Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz § 17,  
Landkreisordnung Rheinland-Pfalz § 11d, u.a.

**Betreff:** Bundesmittel für die Ortsgemeinde und deren Einwohner.

Liebe Ortsgemeinde, werter Gemeinderat,

der im Bundesgebiet öffentlich bekannt gegebene finanzielle Notstand deutscher Gemeinden begründet sich möglicherweise mit fehlenden bundesstaatlichen Fördergeldern aus Bundesmitteln.

Sind alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft die **Ortsgemeinde** über bundesstaatliche Fördermittel innerhalb der Kommune finanziell zu stärken?

Der Gesetzgeber ermöglicht ausdrücklich durch das Grundgesetz die Selbstbestimmung der Gemeinde (z.B. Artikel 28) nach dem Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzip. Das bedeutet, dass jede deutsche **Ortsgemeinde** als kleinste bundesstaatliche Einheit örtliche Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln kann, um z.B. bundesstaatliche Zuschüsse, Fördergelder und Fördermittel zu erhalten.

Obwohl diese *bundesstaatlichen Fördermittel für die **Ortsgemeinde** mindestens eine Verdoppelung des aktuellen Gemeindehaushaltes herbeiführen, bleiben diese Investitions- und Kapitalmöglichkeiten aus staatlichen Bundesmitteln (Sondervermögen) jedoch oft unbenutzt. Möglicherweise entgehen der **Ortsgemeinde** bisher bundesstaatliche Fördergelder?* Um diese staatlichen Bundesmittel für die **Ortsgemeinde** zugänglich zu machen, sind bestimmte gesetzliche Schritte und praktische Maßnahmen seitens der **E i n w o h n e r** und der **Ortsgemeinde** notwendig.

Die genannten staatlichen Bundesmittel stehen unmittelbar in Verbindung mit der völkerrechtlichen und international anerkannten Kennzeichnung von Friedensgebieten für Ortschaften und Gemeinden. Falls der Ortschaft und der Gemeinde solch eine völkerrechtliche und internationale Gebietskennzeichnung fehlt, kann diese durch die Einwohner gesetzlich herbeigeführt werden.

**Diese erweiterte Gebietskennzeichnung der Ortschaft verbindet direkt das Gemeindegebiet mit dem Bundesgebiet und führt zur Sicherung bestehender Vermögenswerte, schützt örtliches Privatvermögen (z.B. Einfamilienhaus) vor Enteignung und Zwangsversteigerung und ermöglicht finanzielle Förderung durch staatliche Bundesmittel, welche nach dem Raumordnungsgesetz (ROG) öffentlich und privat im Bedarfsfall eingesetzt werden können.**

Um an diese unerschlossenen staatlichen Bundesmittel zu gelangen, können die **Einwohner** die dafür erforderliche Gebietskennzeichnung des Ortes und der Gemeinde gesetzlich über den **Einwohnerantrag** oder durch die Gemeindeversammlung (Legislative) beschließen und damit den Gemeinderat (Executive) mit der Durchsetzung der Gebietskennzeichnung beauftragen. Bestehende Verträge (z.B. mit dem Kreis) bleiben davon unberührt. Damit wird *innerhalb des gesetzlichen Rahmens* die *Landesgemeinde zur Bundesgemeinde*.

Die *bundesstaatlichen Fördermittel der Bundesgemeinde finanzieren nach dem ROG § 2 (2) (3): Sanierung, Modernisierung und Neubauten von z.B. öffentlichen Immobilien (Rathaus, Kindergarten, Hallenbad, Sporthalle, Schulgebäuden), Parkanlagen, Straßen und Gehwege, Gewerbeobjekte oder privat benutzen Einfamilienhäusern.* Des weiteren kann die *Bundesgemeinde* die Grundsteuer, die gesamten öffentlichen und privaten Betriebs- und Nebenkosten, die Instandhaltungskosten für den aktuellen Gemeindebestand oder die allgemeine Gemeindeverwaltung ebenfalls über diese staatlichen Bundesmittel abrechnen lassen.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben spielt bei der Abwicklung und Bereitstellung staatlicher Bundesmittel für die *Bundesgemeinde* eine wesentliche Rolle. Sie ist nach der völkerrechtlichen und international anerkannten Gebietskennzeichnung der Ortschaft und Gemeinde in den Prozess „von der *Landesgemeinde* hin zur *selbst verwaltenden Bundesgemeinde*“ mit einzubeziehen.

Die **Gemeinde** ist eingeladen durch Selbstbestimmung nach Artikel 28 des Grundgesetzes der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND die örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung zu regeln. Um die genannten *staatliche Fördergelder zu erhalten, muss* die Landesgemeinde über einen *Einwohnerantrag* eine *selbst verwaltende Bundesgemeinde* werden.